

WECKER

von Beschäftigten für Beschäftigte der Finanzverwaltung Bayern



Werner Stupka Finanzamt Nürnberg-Süd

Aufgabe für einen "starken Mann"

Ja, so stellt sich ein Minister wie Markus Söder seinen Dienstantritt vor: Der Bayerische Oberste Rechnungshof (BayORH) stellt wenige Wochen nach seiner Inthronisierung fest, dass es in seinem Ressort nur so kracht und donnert vor Missständen. Herkulesaufgaben – genau die richtige Herausforderung für einen neuen, energiegeladenen Minister. Und das sind wahrlich Hammerschläge, mit denen der BayORH die Worthülsen über die "tolle und erfolgreiche bayerische Steuerverwaltung" zerschlägt.

Im Dezember 2011 hat der BayORH seinen Jahresbericht veröffentlicht. Ganz klar stellt er dabei in seinem Bericht heraus, dass es nicht die Steuerbediensteten sind, die für diese Missstände verantwortlich sind. Ursache (fast) allen Übels ist der massive Personalmangel in den Finanzämtern. Nachdem der BayORH diesmal nur die Prüfungsdienste unter die Lupe nahm, sind primär kritische Aussagen zu den Außendiensten im Bericht enthalten. Anders der Bundesrechnungshof (BRH). Er hat in seinem aktuellen Sonderbericht vom 17.01.2012 vor allem die Zustände in den Veranlagungsstellen unter die Lupe genommen – und hier vor allem das Risikomanagementsystem (RMS) geprüft. Mit ebenfalls vernichtendem Urteil. Und auch der BayORH lässt am derzeitigen RMS in den Prüfungsdiensten kein gutes Haar. So stellt der BayORH auf Seite 89 seines Jahresberichts 2011 zur USoP zusammenfassend fest: "...der mit dem Risikomanagementsystem verfolgte Zweck wird daher nicht erreicht." Darüber hinaus bemängelt der BayORH die schlechte Personalausstattung in der USoP, die dazu führt, dass Bayern beim Prüfungsturnus mit 35 % unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Fazit in der Pressemitteilung des BayORH zur USoP: "Bayern – Schlaraffenland für Umsatzsteuerbetrüger?" Die Aussagen zur Steufa und zur BNV ähneln denen zur USoP. Personal in der Steufa katastrophal zu wenig – die Steuerausfälle durch die Unterbesetzung der BNV gehen in die Millionenbeträge.

Hilflos und Verantwortungslos

Das FM versucht in seiner Stellungnahme zu dieser Kritik des BayORH doch noch ein Lichtlein der Hoffnung zu entdecken und schreibt "Zu den Arbeitsleistungen wird darauf hingewiesen, dass die Prüfungsdienste im Bundesvergleich insgesamt sehr gute Ergebnisse erzielten. Dennoch sei die Kritik an die betroffenen Stellen weitergegeben worden."(S. 92).

Darauf geht der BayORH nicht mal mehr ein, so hilflos klingt dies. Denn umgekehrt wird ein Schuh draus: Die hohen Mehrergebnisse der bayerischen Prüfungsdienste beweisen ja gerade, wie weit verbreitet in Bayern die Steuerhinterziehung und die sogenannte "kreative Buchführung" sind. Selbst das viel zu wenige Personal holt dann in jenen Fällen, die (viel zu selten) geprüft werden, rekordverdächtige Mehrergebnisse. Genau dies ist nicht verwunderlich: Bayern fordert durch die sträfliche Vernachlässigung der Steuerverwaltung bei der Personalausstattung die (kriminelle) Steuerhinterziehung und die (fragwürdige) kreative Buchführung geradezu heraus.

Zugleich weist aber auch das FM sehr klar und zutreffend auf die wahren Ursachen hin, "... dass wegen der haushaltsrechtlichen Stellenabbauvorschriften derzeit kaum Personal zum Ausgleich von Abgängen aus den Prüfdiensten zur Verfügung stehe". Ja, so ist es – und so wird deutlich, wer die Schuld an diesem eklatanten Missstand trägt: der Bayerische Landtag. Aus der Sicht der "Gleichmäßigkeit der Be-

steuerung" ist dies geradezu verantwortungslos. Dieses Trauerspiel kann man auch in konkreten Zahlen ausdrücken: Der Landtag akzeptiert in seiner Mehrheit, dass in Bayern 2.492 Stellen weniger im Haushalt für die Steuerverwaltung ausgewiesen sind, als nach den Berechnungen der Personalbedarfsberechnung (Persbb) notwendig wären. Und ich weise deutlich darauf hin: Diese Persbb ist nicht von ver.di erstellt worden, sondern basiert auf den Ergebnissen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe der Arbeitgeber !!! Mit dieser Unterbesetzung wird die Steuergerechtigkeit über Bord geworfen. Und genau dies stellte der Rechnungshof erneut und wiederholt und fortlaufend fest.



Ver.di-Bundesfachkommission "Steuerverwaltung" Aus Bayern dabei die Kollegen Dieter Fulda (ganz links), Werner Stupka (Bildmitte) und Hans Bergmann (links hinter Stupka)

Allheilmittel "RMS"

Als letzter Rettungsanker für die Zukunft der Steuerverwaltung wird in allen Stellungnahmen der Verwaltung das "Risikomanagementsystem" (RMS) benannt. Dadurch würde alles besser, schneller, effektiver, gerechter. Doch selbst dieses Lieblingsspielzeug der Verwaltungsspitze wird nun vom Bundesrechnungshof arg demoliert – in Teilen sogar kaputt gemacht. Denn der Bundesrechnungshof hat in seinem Sondergutachten vom 17.01.2012 genau dieses RMS genauer unter die Lupe genommen. Bundesweit – nicht nur in Bayern! Die vom BRH gewählten Worte für das RMS möchte ich Ihnen als Originalzitate präsentieren:

"Der Bundesrechnungshof stellte bei den als risikoarm eingestuften Werbungskosten oft unschlüssige Angaben fest. Die Quoten der Fälle mit unschlüssigen Angaben waren mit

- 52 % bei Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte,
- 60 % bei Arbeitsmitteln und weiteren Werbungskosten,
- 100 % bei doppelter Haushaltsführung und
- 34 % bei Verpflegungsmehraufwendungen

bedenklich hoch. Sie belegen, dass das maschinelle Risikomanagement die Schlüssigkeit der Angaben der Steuerpflichtigen nur unzureichend prüfte. Die Finanzämter entsprachen damit nicht ihrem Auftrag nach § 85 AO, die Steuern gesetzmäßig und gleichmäßig festzusetzen, und sie verletzten den Untersuchungsgrundsatz nach § 88 AO. Danach sind sie verpflichtet, zumindest die Schlüssigkeit der Angaben zu prüfen" (S. 27).

"Grüne Wochen" besser als RMS

Und das darauf folgende Fazit des BRH zu der aktuellen Form des RMS ist eine schallende Ohrfeige für alle jene, die in ihren Stellungnahmen davon fabulieren, dass das RMS die Gleichmäßigkeit der Besteuerung – auch ohne mehr Personal – wieder herstellen könne: "Mit seinen systematisch unzureichenden Schlüssigkeitsprüfungen und der hohen Quote an Bearbeitungsfehlern, die sich auch auf künftige Jahre auswirken, beeinträchtigte das neue Verfahren den gesetzmäßigen Vollzug der Steuergesetze stärker als die früheren Durchwinkwochen. Während diese nur temporär wirkten, beeinträchtigen die Mängel beim maschinellen Risikomanagement dauerhaft den Vollzug der Steuergesetze" (S. 30).

Das muss man sich mal vorstellen: Der Bundesrechnungshof bezeichnet das ungeprüfte Durchwinken der Steuerfälle – die so genannten "grünen Wochen" als weniger problematisch als die derzeitige Überprüfung durch Risikofilter.

Eine schonungslosere Analyse über die nicht mehr gegebene "Gleichmäßigkeit der Besteuerung" in Deutschland wurde selten erstellt. Diese Zustände sind eine Provokation für alle ehrlichen Steuerzahler. Dies ist der Nährboden, auf dem Staatsverdrossenheit wächst, hier entstehen tiefe Zweifel an einem rechtsstaatlichen Verfahren bei der Steuererhebung. Bayern ist hier Schlusslicht in nahezu allen Disziplinen und sollte unbedingt und sofort die Hausaufgaben ordentlich erledigen. Dies kann nur bedeuten:

Deutliche Anhebung der Personalstellen – spätestens im nächsten Doppelhaushalt. Und es sollte schon jetzt im Nachtragshaushalt damit begonnen werden. Die Defizite sind so groß, dass nicht mehr länger gewartet werden darf. Ist diese Aufgabe zu groß für Sie, Herr Minister? Wir glauben nicht – es wäre eine echte Bewährungsprobe. Hier kann ein "starker Mann" zeigen, was wirklich in ihm steckt.

Letzte Meldung:

Bayerische Finanzämter ziehen erste Konsequenzen aus der massiven Kritik des BayORH an der Unterbesetzung der Prüfungsdienste. Die ersten Finanzämter machen noch in der ersten Jahreshälfte die BNV komplett zu.

Es wird gar nicht mehr geprüft, basta.

Soll noch einer sagen, die bayerischen Amtsleiter hätten keinen Mut.

"Expedition ins Land ELStAM"

oder "Expedition zum Scheitern" - Zwei Abenteuerberichte

ELSTER - ELSTAM - Große Leere?

Jetzt is scho wieder nix passiert. Stell Dir vor, Du willst Geld holen und Deine völlig korrekte Karte wird eingezogen. So ähnlich ist es für den Bürger mit EL-StAM. Menschen rufen an, wollen sofort Erledigung und müssen doch bürokratisch einen schriftlichen Antrag bei der Verwaltung stellen, obwohl die Fehler durch die Verwaltung verursacht waren. Da die Administration mit deutscher Technik- und Machbarkeitsverliebtheit ohne großen personellen und monetären Einsatz vollmundig angekündigt hatte, dass die ELStAM-Datenbank pünktlich zum Neujahrstag 2012 starten wird. Eifrig wurden an ca. 40 Mio. Arbeitnehmer (Betriebsrentner inklusive) Info-Schreiben zum gleichen Preis verschickt. Dieser teure Versandmarathon fand von Oktober bis November 2011 statt. Diese Depeschen selbst waren Mist und verwirrten mehr als sie dienten. Eine Hotline-Nummer war aufgedruckt. Die Telefone liefen natürlich heiß. An Climaxtagen waren es in ca. 5 Std. zwischen 80 und 120 ELStAM-Verwirrte, die sich sofortige, telefonische und unbürokratische Hilfe erwarteten. Die meisten gaben denn auch voll Freude Ihre Steueridentifikationsnummer (StID-Nr.) lautstark kund, andere voll Groll und Wut.

Bürger waren ja von jeher viel Kummer mit "denen da oben" gewöhnt. Viele glaubten z. B. einzig die Bahn sei eine dilettantische Murksbande. Was natürlich niemals stimmte. Arbeiten dort doch nur Menschen. Nun hatten die Planer und Macher der Finanzverwaltung nach ELSTER einen zweiten großen Wurf angekündigt: ELStAM. Leider wollten sie dies mit monetärem und personellen Minimalismus bewerkstelligen. Das kann eben nicht nur die Bahn.

ELSTER war schon ein Bürgerflop, da nach wie vor viele Erklärungen auf Formularen eingereicht werden. ELStAM reagiert nun mit großer Leere und hängt sich einfach auf. Beinahe täglich gibt es Fehlermeldungen, ist irgendeine Datenbank mal wieder nicht

erreichbar. Zuerst hieß es Anfang November: EL-StAM wird ins II. Quartal 2012 verlegt. Seit 2. Dezember haben sich die Länderfinanzminister mutig ins Schwert geworfen und ELStAM nach 2013 verschoben. Das Bundesfinanzministerium hat am Nikolaustag ein zwölfseitiges BMF-Schreiben nachgelegt. Das Gastspiel der letzten gelbgefärbten Papplohnsteuerkarte wurde nun vom Drucktag in 2009 bis Ende 2012 verlängert. Manches Theaterstück würde sich über so lange Laufzeiten freuen. Die gelbe Karte sollte ja schon 2011 sterben; darf sich aber nun wie Ahab's Wal völlig zerfleddert und zugetackert durch Arbeitgebers Karteikästen wühlen.

Erst wurde bis Ende November von der ELStAM-Hotline empfohlen, einen schriftlichen Antrag ans zuständige Finanzamt zu richten, damit die falsche Buchung in der Datenbank geändert werden kann. Seit Anfang Dezember lautete jedoch die Empfehlung, die alte gelbe Pappkarte weiter zu verwenden, da die Arbeitgeber wohl erst 2013 an die Lohnsteuermerkmale aus der zentralen Datenbank kommen. Das hat nur den Haken, dass die Arbeitgeber 2012 trotzdem verpflichtet sein werden, die Lohnsteuer richtig an die Finanzämter abzuführen. Der Ärger der Bürger um vielleicht falsch gebuchte Lohnsteuer, ist da heute noch gar nicht ausgemacht.

So weit so kompliziert, wenig erquicklich und eigentlich komplett überflüssig. Es ist so traurig, man möchte sich fast tot lachen. Von Anfang an war die Absicht ein modernes System einzurichten, eine Geschichte der Pleiten und Pannen. Bereits 2006, als das Bundeszentralamt für Steuern das Bundesamt für Finanzen ablöste, sollte mit dem Bundesmonopol auf die StID-Nr. der Grundstein für ELStAM gesetzt werden. Dann verschob sich aber schon die Mitteilung der StID-Nr. an die selten geschätzten Bürger ins Jahr 2008. Und nun kommt die ELStAM-Datenbank vielleicht 2013. Mit Sicherheit kann das leider keiner sagen. Übrigens: Österreich hat bereits seit 1993 die elektronische Lohnsteuerkarte.



Markus Eisele Fnanzamt München Abteilung II/III

Zwei Tage im Finanzamt

1. TAG Um 8.00 klopft es an die Tür. Ich rufe "Herein". Nichts tut sich. Ich öffne. Außen steht ein Mann mit Krücken. Er fängt sofort zu schimpfen an: "Seit Jahren habe ich einen Freibetrag wegen meiner Behinderung. Jetzt bekomme ich ihn nicht mehr. Das ist eine Sauerei." Ich hole mir die Akte. Er hat tatsächlich seit Jahren einen KB-Freibetrag. Ich teile ihm mit, dass er den Freibetrag auch weiter erhält. Er fragt: "Warum steht er dann nicht im Informationsschreiben?" Ich sage: "Weil ihr KB-Freibetrag nicht richtig in die ELStAM-Datenbank übernommen wurde". Er fragt: "Wie kann so etwas passieren?"

Ich zucke mit der Schulter. "Sind die wohl zu blöd eine Datenbank zu programmieren?" Ich zucke erneut mit der Schulter und stelle ihm eine Bescheinigung über den zutreffenden KB-Freibetrag aus. Als nächstes erhalte ich einen Brief mit 2 kopierten EL-StAM-Informationsschreiben. Der eine Ehegatte hat die Steuerklasse I bescheinigt bekommen, der andere die IV. Der Steuerpflichtige hat mit rot quer über das Blatt geschrieben: "Was soll das?". Eine berechtigte Frage. Steuerklassenkombination I/IV? Sollte ich irgendwas verpasst haben? Nein, eher unwahrscheinlich. Ich versuche die falsche Speicherung in der ELStAM Datenbank zu korrigieren. Das funktioniert aber nicht. Ich lese im 11seitigen Problemka-



Albert Niefnecker Finanzamt Nürnberg-Nord



talog nach, was zu tun ist. "Die IdNr-Verknüpfung der Ehegatten wurde in einer bisher unbekannten Anzahl von Fällen nicht an die ELStAM-Datenbank übergeben" steht geschrieben. "Der überwiegende Teil der fehlerhaften Datensätze sollte durch NRW bereinigt worden sein." Klasse, denke ich, mein Fall gehört leider nicht dazu. Ich frage im AN-Bereich nach. Die Kollegin teilt mir mit: "So was haben wir ständig. Das Problem musst du über deinen SL an die Stadt geben." Bevor ich mich jetzt an die Erledigung meiner Post mache, lese ich im AIS nach, welche Programme heute nicht funktionieren. Ich kriege wieder einmal die Nachricht "Wegen einer Störung beim ZIVIT stehen diverse Anwendungen nur eingeschränkt zur Verfügung". Dieser Satz ist ein treuer Begleiter. Seit Wochen erscheint er im AlS. Er bedeutet: "Wenn du Glück hast, funktioniert heute ELStAM, LUNA und Meldedaten Bund - manchmal." Ich habe leider kein Glück. Mir schwirrt vor lauter ELStAM der Kopf. Wie erkläre ich den Steuerpflichtigen, dass ihr Arbeitgeber auch 2012 noch nicht auf die Datenbank zugreifen kann? Wieso ist jemand It. Datenbank nicht verheiratet, obwohl er mit der vor 3 Monaten ausgestellten Heiratsurkunde vor mir steht? Wann muss ich eine USD-Meldung erstellen? Wann muss ich eine Meldung an die Stadt machen?

2. TAG Heute haben wir Veranlagungsbesprechung. Eine Veranstaltung für die ich eigentlich keine Zeit habe. Neben der Zusatzarbeit mit ELStAM müssen wir schließlich auch noch festsetzungsnahe Daten einspeichern, uns mit häufigen EDV -Ausfällen herumärgern und mit unzutreffenden eDaten abkämpfen. Vielleicht gibt es etwas Neues bei dieser Besprechung. Leider ist es wie immer. Statistik und Controlling werden endlos referiert. Die wichtigen Themen kommen zu kurz. Als der HSL-Controlling anfängt über die Abweichungsquote zu referieren, flippe ich aus. Die Beschäftigten in der Veranlagung wurden 2011 im ganz erheblichen Umfang mit Zusatzarbeiten belastet. Die ELStAM-Datenbank war und ist der EDV-Supergau. Nie vorher wurde eine Programmierung so massiv verpfuscht. Darunter haben die Beschäftiaten erheblich zu leiden und ein Ende ist nicht abzusehen. Wenn in so einer Arbeitssituation ein SL die Abweichungsquote zum Thema macht, kann man nur noch von Ignoranz sprechen. Frühestens wenn die Arbeitgeber Zugriff auf die ELStAM-Datenbank haben und die festsetzungsnahen Daten nachgespeichert sind, kann die Abweichungsquote wieder Thema sein.



Angelica
Dullinger
Finanzamt München
Abt. Körperschaften

"Die Schuld von morgen" Debatte zur Beamtenversorgung im Landtag

Beamte haben in den letzten Jahren durch Kürzungen erheblich zu einem ausgeglichenen Haushalt beigetragen. Dazu zählen diverse Nullrunden bei der Besoldung, fehlender Akkordlohn trotz Steigerung der Fallzahlen ins Extreme, jahrzehntelanges Ausharren in maroden Dienstgebäuden, Arbeitszeitverlängerungen und, und, und. Doch selbst das reichte nicht. Und da ist der findige Ministerpräsident wieder mal auf die Idee gekommen, bei den Pensionsabsicherungen zu sparen. Dabei war der ursprüngliche Plan wirklich gut: Während bislang die Pensionen aus den laufenden Einnahmen bezahlt werden, sollen sie in Zukunft teilweise aus vorher angelegten Mitteln bestritten werden. Zur Sicherung der Pensionszahlungen wurde 1999 ein Sondervermögen errichtet, genannt "Versorgungsrücklage". Es wurde aus Mitteln gespeist, die aus der Verminderung der Besoldung und Versorgung um je 0,2 Prozentpunkte 1999-2002 resultieren. Im Jahr 2008 wurde zusätzlich der "Versorgungsfonds" eingerichtet. Das Gesetz schreibt pro Beschäftigte/r die Zuführung von monatlich pauschal 526 € (bei Teilzeit 263 €) aus dem Staatshaushalt vor. Mehr dazu unter: www.verkuendung-bayern.de. Und genau bei dieser Einzahlung in den Versorgungsfonds der Beamtinnen und Beamten will die Staatsregierung in den kommenden Jahren sparen – trotz üppig sprudelnder Steuereinnahmen. Dagegen wetterte massiv die Opposition im Landtag. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat die Anträge der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN im Bayerischen Landtag am 26.01.2012 lautstark beraten.

Zuführungen und Rücklagen sind vorgeschrieben. 563 Millionen Euro werden in die Zukunft verschoben, wenn sie nicht im Nachtragshaushalt für 2012 eingestellt werden, führte Herr Halbleib, SPD, aus. Ergänzend stellte Frau Stamm, GRÜNE, fest, dass eine aktuelle Gesetzesänderung nur möglich sei, wenn die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu erwarten ist. Sie kritisierte vehement die zweckfremde Verwendung der Mittel, da dies nicht dem Versorgungsfondsgesetz entspreche. Hier hakte Frau Naaß, SPD, ein und sprach die Missachtung des Gesetzes von 2008 an: Das Finanzministerium habe festgestellt, dass die Deckelung im Jahr 2010 nur wegen der Finanzkrise erfolgt sei. Damals soll dies Herr Hüllmantel, FM, als einmaligen Vorgang bewertet haben. Bei einem solchen Rechtsverstoß könne zum Beispiel im sächsischen Landtag geklagt werden, verglich Herr Hallitzky von den GRÜNEN. Nach dem Einwurf von Frau Heckner, CSU, die Maßnahmen der Staatsregierung seien der Weltwirtschaftskrise geschuldet, wurden die Anträge von den Regierungsparteien abgelehnt. "Die Schuld von morgen", so titelte die Süddeutsche Zeitung am 18.01.2012 den Beitrag zu den Pensionslasten. Diese

Last haben vor allem künftige Generationen zu schultern. Und die Landtagsmehrheit meint, dass dies bis zur Landtagswahl alles vergessen ist. Falsch gedacht!!

"Daran ändert auch der in der Süddeutschen Zeitung vom 7. März publizierte Entschluss der Regierungskoalition, nun doch bis zum Jahr 2030 mit jährlich 100 Mio. € für die Beamtenpensionen vorzusorgen, rein gar nichts!"



Wunschkonzert "Zentralkassen"?

Sind wir jetzt nicht alle erleichtert? Nicht erst zum 1. April, nein bereits zum 1. Februar weiß nun jeder in der Steuerverwaltung, wo es zukünftig noch Finanzkassen gibt. Ein Entscheidungsmarathon, der im Juni 2011 mit der Auswahl von Hof und Lichtenfels startete und sich dann "schwerstfälligst" über Niederbayern und Mittelfranken weiter quälte, hat nun im Februar ins Ziel gefunden. Gerade jetzt, wo wir uns schon an das Spielchen "Wo sind denn wieder Wahlen?" gewöhnt hatten, werden wir mit dem Gesamtpaket allein im Spielfeld zurückgelassen.

Wenn also keiner aus Ministerium und Landesamt unser Suchspiel mit uns fortsetzen will, beschäftigen wir uns mit der Liste und rufen uns in Erinnerung, warum und wie man Zentralkassen einrichten wollte. Man wollte 79 Finanzkassen auf 19 reduzieren – der Effizienz zu liebe. Wenn man davon absieht, dass die Finanzkasse München, die in Südbayern auf 6 Standorte verteilt wurde, als Eine zählt, scheint dieses Ziel erreicht. Sind wir großzügig - haken wirs ab! Die 19 Kassen sollten zwischen 30 und 40 Vollzeit"jobs" aufnehmen. Warten wir das ZuSo 2012 ab, eines lässt sich schon jetzt sagen, keiner der 6 Münchner Standorte erfüllt dieses Kriterium.

Bei der Standortwahl nahm man sich vor, dass die Unterbringungsmöglichkeit und die Versetzungsgesuche von Belang sein sollten, die Standorte sollten zentral gelegen und gut erreichbar sein und es sollte bereits eine größere Kasse vorhanden sein, um die Einarbeitung der neuen Kolleginnen und Kollegen zu erleichtern.

Der Pressemitteilung unseres jetzigen Finanzministers entnehmen wir, dass Mitarbeiter zum Einen <u>nicht gegen ihren Willen versetzt werden</u> und zum Anderen sich <u>frei entscheiden</u> dürfen i<u>n welchem Bereich des Finanzamts sie zukünftig arbeiten</u> möchten. Fragen drängen sich auf!

Wer gewährleistet die Einarbeitung in den bisher kleineren Kassen? Kassen mit bisher 6, 5 oder auch nur 3 MAK bekommen jetzt 20, 25 evtl. 30 neue Kolleginnen und Kollegen hinzu! Hier wünsche ich den "alten Kassenfüchsen" vor Ort schon mal viel Spaß in der praktischen Umsetzung.

Finanzämter, die entsprechend dem ZuSo besetzt sind, adhoc fallen mir die Ämter Hof und Schwabach ein, werden sich Kassenpersonal aus dem eigenen "Fleisch schneiden" müssen. Hier wird's Kolleginnen und Kollegen treffen, die bisher z. B. in der Veranlagung oder Vollstreckung eingesetzt waren. Auch diese Umsetzungen sollen nur erfolgen, wenn dies die Beschäftigten freiwillig tun?

Noch eine Frage! Was geschieht in diesen Zentralkassen eigentlich mit der "Rotation" (siehe Leitfaden



Hans Bergmann
Finanzamt Fürth

Personalentwicklung) und der Ausbildung? Sprich "wer rotiert wann wohin?" und "wer soll ausbilden?" Fragen über Fragen, die auf Antwort warten!

Einen Bärendienst erweist man, vor allem in Ballungsräumen und größeren Städten, den jungen Familien. Kolleginnen nach Mutterschutz und Elternzeit nahmen gern eine Teilzeitbeschäftigung an, wenn sie zumindest anfangs in der Kasse eingesetzt wurden. In diesem Arbeitsbereich wurde das "Fuß fassen" im Arbeitsalltag erheblich erleichtert. Diese Möglichkeit besteht jetzt zumindest in 60 bisherigen Standorten nicht mehr. Und sowas nennt man dann in Hochglanzbroschüren unserer Staatsregierung "Förderung von Familie und Beruf"!!

Bei realistischer Betrachtung ist es sicher nicht das, was uns als vernünftig versprochen wurde und schon gar nicht entspricht es den Wünschen der Beschäftigten. Das Prädikat "Wunschkonzert" ist zutreffend, soweit es die Begehrlichkeiten von Ministern, Landtagsabgeordneten, gewählt werden wollenden Landräten und sonstigem politischem Personal erfasst.

Im Grußwort unseres ehemaligen Finanzministers und von Staatssekretär Pschierer zum Jahreswechsel 2008/2009 durften wir folgenden Satz lesen: "Wir wollen, dass Sie (gemeint sind wir Beschäftigte) mit Ihrer Arbeit, Ihrem Arbeitsplatz und dem beruflichen Umfeld zufrieden sind."

Falls man dieses Zitat tatsächlich mit Leben erfüllen wollte, ist dies gründlich misslungen. Tatsachen wie Absenkung der Eingangsbesoldung, Verlängerung der Wiederbesetzungssperre, Aussetzen der Leistungselemente und auch Organisationsänderungen "per ordre de mufti" tragen erheblich dazu bei. Von Besoldung und Beförderung mal gar nicht zu reden.

So wird Stück für Stück eine ehemals funktionierende Steuerverwaltung kaputt gemacht!

FK: Politik versus Vernunft

Überraschung bei der Standortentscheidung für die Kassenzentralisierung. Beim Lesen der Standorte für Schwaben sticht sofort ein Name ins Auge, der bisher auf der Finanzamtslandkarte nicht verzeichnet ist. Die Finanzkasse für die Finanzämter im nördlichen Schwaben mit ca. 60 Mitarbeiterkapazitäten wird in Krumbach zentralisiert. In der jüngeren Finanzamtswelt ist dieser Ort bisher unbekannt. Krumbach liegt in Mittelschwaben, zwischen den Finanzämtern Neu-Ulm, Günzburg, Augsburg und Memmingen. Die Erreichbarkeit ist, vorsichtig formuliert, sowohl mit dem PKW als auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr schwierig. Eine weitere Recherche im Internet ergibt, dass Krumbach bis 1976 eine Außenstelle des FA Günzburg war. Zum 15.07.1976 wurde die Außenstelle Krumbach in das FA Günzburg aufgenommen und das Amtsgebäude der neuerrichteten Polizeidirektion Krumbach übertragen.

Nun wird dieser Standort nach über 35 Jahren also reanimiert. Wer sich die ursprünglichen Kriterien für die Kassenzentralisierung betrachtet (siehe Artikel "Wunschkonzert"), wird sich verwundert die Augen reiben, keines der Kriterien ist bei diesem Standort erfüllt. Es bleibt also schleierhaft, von wem diese Kasse mit "Leben" erfüllt werden soll. Unter Berücksichtigung von Teilzeitkräften dürften hierfür mindestens 70 bis 80 Arbeitskräfte für die Kassentätigkeit benötigt werden. Zusätzlich muss für die organisatorischen Angelegenheiten der Beschäftigten eine Geschäftsstelle aufgebaut werden, für die ebenfalls Personal benötigt wird. Und dann stellt sich noch die Raumfrage. Auch hier werden erhebliche zusätzliche Kosten entstehen. Wie viele bisherige KassenbearbeiterInnen nach den geltenden Versetzungsregeln an den neuen Standort wechseln können bzw. wollen, ist unbekannt. Die Personalgewinnung und der Personaleinsatz für diese Kasse werden aber sicher eine spannende Angelegenheit, vor allem die Frage, ob genügend Personal mit Kassenerfahrung für die Einarbeitung von neuen Kolleginnen und Kollegen vorhanden ist. Es wirkt fast wie Hohn, dass die Kassenzentralisierung zu einer Effizienzsteigerung durch Synergieeffekte führen soll und dann aufwändige Gebäudeanmietungen durch zentralisierte Finanzkassen erforderlich sind. Im Endeffekt werden Personalkosten in Sachkosten umgewandelt und dabei billigend in Kauf genommen, dass die bisher unkomplizierte Zusammenarbeit der Finanzkassen mit den anderen Stellen in den Finanzämtern unnötig verschlechtert wird.

Da für diese Standortentscheidung sachliche Gründe nicht erkennbar sind, muss einige politische Hinterzimmerarbeit geleistet worden sein. Dabei wurde anscheinend die Steuerverwaltung mit einem Selbstbedienungsladen für politische Eigeninteressen verwechselt.

Wir hoffen nicht, dass das die Linie des neuen Finanzministers ist, denn ansonsten darf man gespannt sein, wer sich künftig noch alles an Stellen der Finanzverwaltung für seinen Wahlkreis bedient.

Deshalb Herr Söder: "Wehren sie den Anfängen und bereiten Sie solchen unsinnigen Entscheidungen ein sofortiges Ende"!

Die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen verdient Anerkennung und eignet sich nicht zum Spielball politischer Eigeninteressen.



Dieter Fulda Finanzamt Ansbach

Impressum: ver.di Wecker Bayern V.i.S.d.P. **Ulrich Gammel** ver.di Bayern Schwanthaler Str. 64 80336 München Redaktion: Hans Bergmann, Dieter Fulda, Werner Stupka, **Dieter Weiß** Layout & Satz Agentur Kästner Druck: CityDruck Nbg.

6



Was treibt eigentlich.....

....Konrad Hummler?

Was, Sie kennen Konrad Hummler nicht? Das sollten Sie aber schleunigst ändern, denn sonst werden Sie die Feinheiten dieser Welt nie verstehen. Konrad Hummler ist der Chef der zwar kleinen aber sehr feinen Schweizer "Privatbank Wegelin."

Von ihm stammen so juristisch saubere und analytisch beeindruckende Sätze wie z.B. jener, den er am 23.03.2008 über die Schweizer Zeitung "Sonntag" der beeindruckten Welt mitteilte:

"Die Kapitalflucht geschieht in Notwehr. Das Bankgeheimnis ist ein Asylrecht. Wir gewähren den Vorsorgevermögen der Europäer Asyl".

Ja, das sind Sätze, die verdienen es, in Alkohol gemeißelt zu werden!

Konrad Hummler scheint der festen Überzeugung zu sein, dass jeder seiner Gedanken, der ihm während eines langen Arbeitstages durchs Gehirn taumelt, für die Welt wertvoll und daher grundsätzlich mitteilenswert sein müsse. Deshalb existieren in den Schweizer Medien viele seiner Gedankenergüsse, die er nicht müde wird, in die Welt hinaus zu gießen. Auch dieser Erguss ist sehr schön, fast mit lyrischer Leichtigkeit:

"Nicht jeder Steuerhinterzieher ist ein hochkrimineller Mafioso, sondern möglicherweise ein grundanständiger Gewerbetreibender aus einem angrenzenden Nachbarland" (Konrad Hummler im Tages-Anzeiger vom 28.07.2003).

Ja, Konrad Hummler....- er scheint der festen Überzeugung zu sein, dass Gott ein äußerst vergessliches Wesen ist. Zumindest hatte es dieser alttestamentarische Gott vergessen, dem Moses damals noch eine elfte Tafel mit dem wohl wichtigsten Gebot mitzugeben – und dieses Gebot hätte heißen müssen:

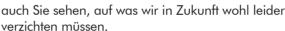
"Du sollst das Schweizer Bankgeheimnis nie und aus keinem noch so wichtigen Grund verletzen!".

Tja, aber wer ist schon Gott....

Konrad Hummler hat viele Fähigkeiten – ganz im Gegensatz zu den ihn umgebenden Politikern, deren Unfähigkeit anzuprangern er nie müde wurde. Wenn die etwas grobschlächtige Erklärung der Welt und der Menschen, wie sie mein alter Freund Jürgen Fietz mal vor 15 Jahren nach einigen Pils' zum Besten gab ("Weißt du, es gibt eigentlich nur zwei Arten von Menschen: Die Echten und die Haubentaucher!") – ja wenn diese Aufteilung der Mensch-

heit stimmen sollte, dann ist Konrad Hummler ein ECHTER – und was für ein ECHTER. Aber jetzt kam es selbst für einen "Echten" ganz, ganz böse. Die genauso echten USA haben jetzt nämlich auch diese "Privatbank Wegelin" wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung von US-Bürgern ins Visier genommen und dabei in Sachen "Bankgeheimnis" der Schweizer Regierung das Messer auf die Brust gesetzt. Dadurch wurde nun das Ende der "Privatbank Wegelin" eingeläutet. Selbst der stolze Konrad Hummler musste nun die – grundsätzlich unfähigen – Politiker in Bern dringlichst um Hilfe bitten – zu spät. Die Invasion der Ungläubigen aus den USA (siehe die vergessene "elfte Gebotstafel") führte jetzt zum panikartigen Notverkauf der Privatbank Wegelin. Aus und vorbei...

Mir hat diese kleine Geschichte von der Privatbank Wegelin und vor allem von Konrad Hummler jedenfalls so gefallen, dass ich Ihnen, geneigte Leserinnen und Leser, einige seiner Erkenntnisperlen, die er veröffentlicht hat, zukommen lassen wollte. Damit



Ja, und dann hat sich Konrad Hummler auch noch ganz aktuell zum geplanten Deutsch-Schweizer Steuerabkommen geäußert. Mit einer bemerkenswerten Offenheit und Wortwahl, wie ich finde. Er sagte:

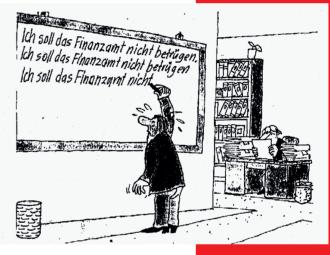
"Als ich vom Abschluss der Vereinbarung zwischen Deutschland und der Schweiz über eine geplante Abgeltungssteuer erfuhr, entwich mir ein erleichtertes 'Voll geil'" (Neue Züricher Zeitung vom 17.11.2010).

Wer könnte die Gefühle und Gedanken eines Schweizer Bankers zu diesem Abkommen besser in Worte fassen? Nein, natürlich niemand. Konrad Hummler bleibt auch hier eine Klasse für sich.





Werner Stupka Finanzamt Nürnberg-Süd



"Ihr findet den Wecker gut und wollt uns unterstützen?

Dann werdet Mitglied in ver.di! Den Aufnahmeantrag findet Ihr unter:

• • • •

www.mitgliedwerden.verdi.de



Martina Kaltenhauser Finanzamt München Abteilung I

Ver.di im Gespräch

Eine ver.di-Delegation bestehend aus den Kolleginnen Kaltenhauser und Dullinger und den Kollegen Ströl, Wallner und Österle traf den Leiter der Fachhochschule Herrsching und Kaufbeuren Herrn Dr. Braun zum Informations- und Gedankenaustausch. Neben anderem bezog sich das Gespräch auf die Themen Einstellungszahlen/Durchfallquote, Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer und rund um die Verpflegung. Nachfolgend geben wir den Gesprächsverlauf verkürzt wieder.

ver.di äußert sich besorgt über die geringe Zahl der erfolgreichen Schulabgänger in der QE 3. So seien 2007 223 Anwärter/innen eingestellt worden, letztlich hätten aber nur 156 bestanden. 2008 seien von 400 Einstellungen, lediglich 290 erfolgreich gewesen. Gut ein Drittel gehe so den Finanzämtern verloren. ver.di ist der Auffassung, dass es erhebliche Probleme mit der Aufgabenerstellung und bei der Dozentengewinnung gibt. Die hohen Durchfallquoten hängen sehr eng mit solchen Mängeln, aber auch mit den Auswahlverfahren, zusammen.

Laut **Herrn Dr. Braun** ist dieser Einwand nicht neu. Die genannten Aufgaben seien nicht ausschlaggebend gewesen, sie würden als "immer zu lang" empfunden. Das strukturierte Interview berücksichtige nicht, wer letztendlich die Prüfung bestehen kann oder vorher die Ausbildung abbricht. 2008 seien es gute 11% nach der Wiederholungsprüfung gewesen. Folge der hohen Einstellungszahlen wären hohe Platzziffern, darunter leide die Qualität. 2011 habe das Finanzministerium die Zahlen um 50 erhöht, damit die Abgänge aufgefangen würden. Ein immer größer werdender Prozentsatz der Studierenden wäre den Anforderungen nicht mehr gewachsen.

ver.di berichtete von Lehrgangsteilnehmern, die sich wegen der Unterbringung in Doppelzimmern beklagen würden. Dies stelle eine Beeinträchtigung der Privatsphäre dar.

Wünsche würden, wenn möglich, berücksichtigt, entgegnete **Herr Dr. Braun**. Es könne z.B. nicht nach dem Alter ein Einzelzimmer zugewiesen werden, dies sei nach dem Antidiskriminierungsgesetz (AGG) unzulässig. Das Los entscheide. Für den "Einser-Lehrgang" heiße das E-Bau, für den "Zweier-Lehrgang" größere Doppelzimmer im Turm, dann der renovierte A-Bau. Fürs nächste Hauptstudium wird es gelingen, die Situation dahingehend zu verbessern, dass jeder bis dahin ein Einzelzimmer hat.

Wegen der Verpflegung gab es negative Hinweise an ver.di bezüglich der Qualität?

Herr Dr. Braun gehe in regelmäßigen Abständen in die Kantine zum Essen, um sich selbst ein Bild zu verschaffen. Vor zwei Jahren habe eine auswärtige Beratung erfolgreich Einfluss genommen. Der Küchenausschuss kümmere sich besonders um dieses Thema. Der Speiseplan habe sich positiv entwickelt. Damit keine allzu langen Wartezeiten entstünden, sei der Unterricht mit Blick auf die Mittagspausen gestaffelt worden. Die Mengen könnten nun ebenfalls anders kalkuliert werden. Der Einkauf erfolge bei einem Metzger in Südbayern. Das Fleisch sei von guter Qualität. Zu den Mahlzeiten seien ausreichend Getränke vorhanden. Die Cafeteria biete ebenfalls sehr gutes Essen, nur die Wartezeit müsse eingeplant werden.

Kritik "Informationsflut"

Am 26.03.2010 sprach die ver.di-Landesleitung gemeinsam mit Mitgliedern der Fachkommission Steuerverwaltung mit dem damaligen Finanzminister Fahrenschon. In einem Sonderwecker im April 2010 haben wir darüber berichtet. Teil dieses Gesprächs war z. B. auch die ausufernde Informationsflut im AIS und die mangelhafte Suchfunktion. Nach diesem Gespräch hat sich das Landesamt für Steuern an uns gewandt und um Präzisierung unserer Klagen gebeten. Dieser Bitte sind wir selbstverständlich gerne nachgekommen. Mit Schreiben vom 01.12.2011 hat sich nun das Landesamt für Steuern umfangreich und detailliert auf 5 Seiten mit unseren Einwänden auseinandergesetzt.

Der letzte Absatz dieses Schreibens lautet: "Die seit Ihrem Gespräch mit dem damaligen Staatsminister Fahrenschon erfolgte Verbesserung der Suche im AIS sowie insbesondere auch die Behandlung der Informationsbereitstellung in der AG "Qualitätsmanagement" und die Einsetzung der "Unterarbeitsgruppe Informationsbereitstellung" zeigen, dass uns eine Verbesserung bzw. Weiterentwicklung der Informationsweitergabe an die Finanzämter ein großes Anliegen ist. Ich gehe davon aus, dass Ihre Kritikpunkte durch diese Aktivitäten und die obigen Ausführungen zu Ihrer Zufriedenheit behandelt wurden. Bei Bedarf stehe ich für ein persönliches Gespräch gerne zur Verfügung. Gez.: Hans Schüller"

Wir bedanken uns beim Landesamt für Steuern für ihr Bemühen eine Verbesserung der Informationsbereitstellung zu erreichen. Selbstverständlich bleiben wir weiter im Gespräch, denn soviel hat uns die Praxis bisher gelehrt, die Probleme werden uns nicht ausgehen!